

Nr. 161
Tischvorlage des Chefs des Bundeskanzleramtes
für die Kabinettsitzung am 7. Februar 1990
Bonn, 5. Februar 1990

BArch, B 136/20170, 221 – 14470 Ka 1 Bd. 1. – Abgezeichnet: „S[eiters]“.

TOP 2: Aussprache zu deutschlandpolitischen Fragen

1. Die Entwicklung in der DDR hat sich in den letzten Wochen dramatisch beschleunigt. Die Frage der Einheit Deutschlands ist das beherrschende Thema geworden. Alle politischen Kräfte in der DDR bekennen sich mittlerweile zu diesem Ziel. Auch MP Modrow hat erkannt, daß die Perspektive der staatlichen Einheit nicht verschlossen werden darf, und hat sich unter dem Druck der Entwicklung in seiner am 01.02. vorgeschlagenen „Konzeption für den Weg zu einem einheitlichen Deutschland“¹ dieses Ziel zu eigen gemacht.
Nach dem 18. März müssen wir kurzfristig Gespräche über die konföderative Zusammenarbeit der beiden Staaten in Deutschland im Hinblick auf ihr weiteres Zusammenwachsen aufnehmen. Schon vorher werden Entscheidungen erforderlich werden.
2. Es wird folgender Beschluß vorgeschlagen:²
 - (1) Es wird ein Kabinettausschuß „Deutsche Einheit“ unter Vorsitz des Bundeskanzlers, in seiner Vertretung des Chefs des Bundeskanzleramtes, gebildet.
Ständige Mitglieder: AA, BMI, BMJ, BMF, BMWi, BMB, BMA.³
Bei Fragen, die ihre jeweilige Zuständigkeit berühren, nehmen die anderen Kabinettsmitglieder teil.
 - (2) Der Kabinettausschuß wird am 07.02.1990 um 17.00 Uhr zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten. In Arbeitsgruppen unter Beteiligung weiterer Ressorts und Sachverständiger auch von außerhalb der Bundesregierung wird er die notwendigen Schritte und Entscheidungen insbesondere in folgenden Problembereichen vorbereiten:
 - Bildung einer Währungsunion, Finanzfragen (Federführung: BMF)
 - Entwicklung der Wirtschaftsunion, Energie und Umwelt, Infrastruktur in der DDR (Federführung: BMWi)
 - Angleichung der Arbeits- und Sozialordnung⁴ (Federführung: BMA)
 - Rechtsfragen, insbesondere Rechtsangleichung (Federführung: BMJ)
 - Staatsstrukturen und öffentliche Ordnung (Federführung: BMI)
 - Außen- und sicherheitspolitische Zusammenhänge (Federführung: AA).

1 Nr. 156 Anm. 2.

2 Der Beschlußvorschlag wurde vom Bundeskabinett am 7. Februar 1990 einstimmig verabschiedet, ergänzt um einen dritten Punkt: „Die Bundesregierung erklärt sich bereit, mit der DDR unverzüglich in Verhandlungen über eine Währungsunion mit Wirtschaftsreform einzutreten“ (Pressemitteilung Nr. 60/90. 7. Februar 1990; BPA/PA, F 1/25).

3 In dem Bericht des Bundesministers Seiters, der noch am 7. Februar 1990 den Deutschen Bundestag über den Inhalt des Kabinettsbeschlusses unterrichtete, war zusätzlich der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit als ständiges Mitglied aufgeführt (Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenogr. Berichte. Bd. 152. Plenarprotokoll 11/193, 14831).

4 Vor dem Deutschen Bundestag (ebd.) nannte Bundesminister Seiters als erweiterten Zuständigkeitsbereich: „Angleichung der Arbeits- und Sozialordnung sowie der Bildung und Ausbildung“.